

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

Ermittlungen gegen Kardinal Gracias

Wegen mutmaßlicher Vertuschungen von sexuellem Missbrauch wurden polizeiliche Ermittlungen gegen den Erzbischof von Mumbai, Kardinal Oswald Gracias, und zwei Weihbischöfe eingeleitet. Sollten sie verurteilt werden, drohen ihnen bis zu einem Jahr Haft. Die Vorwürfe beziehen sich auf die mutmaßliche Vergewaltigung eines 12-jährigen Jungen im August und November 2015 in einer Gemeinde in Mumbai. Die Eltern des Teenagers konfrontierten die Kirchenoberen mit den Vorwürfen, nachdem der Sohn sich ihnen anvertraut hatte. Auch Kardinal Gracias wurde persönlich informiert. Die Verantwortlichen versprachen interne Untersuchungen, doch nach Medienberichten und Aussagen der Eltern des Opfers wurde nichts weiter unternommen. Nun muss Kardinal Gracias sich den Vorwürfen stellen, den mutmaßlichen Missbrauch und den Opferschutz nicht ernst genommen zu haben. Da sich der mutmaßliche Täter im Sinne des Kinderschutzgesetzes, dem *Protection of Children from Sexual Offences* (POCSO), schuldig gemacht hat, hätte die Polizei über die Vorwürfe informiert werden müssen. Auch der Vater des Jungen hält daran fest, dass Kardinal Gracias und zwei seiner Weihbischöfe, Savio Fernandes und John Rodrigues, versucht haben, den Missbrauch zu vertuschen. Der mutmaßliche Täter wurde am 2. Dezember 2015 festgenommen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Er soll sich mehrerer Sexualverbrechen gegen Kinder schuldig gemacht haben.

Bann bei Schulbüchern

Das höchste indische Bildungsgremium für die Sekundarstufe (CBSE) hat mit seiner Entscheidung für Empörung gesorgt, die Kapitel zu Demokratie und Diversität aus den Schulbüchern für die 9. und 10. Klassen zu streichen. Zahlreiche Hochschullehrer/-innen sowie Bildungsexpert(inn)en erhoben Einwände gegen die Entscheidung. Ihre Kritik galt auch der Streichung weiterer Kapitel zu den Themen „Volksaufstände“ (*Popular Struggles*) und Volksbewegungen sowie „Herausforderungen für die Demokratie“. Das Gremium bestreitet, die Kapitel gestrichen zu haben, die Themen würden nach wie vor im Unterricht behandelt. Zuvor hatte bereits der nationale Bildungsrat (*National Council for Educational Research and Training*) ähnliche Entscheidungen getroffen und das Thema „Demokratie in der Gegenwart“ aus den Lehrbüchern gestrichen.

Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau

Namhafte Ökonomen und Sozialwissenschaftler/-innen haben Premier Modi und der BJP vorgeworfen, Zahlen zur Arbeitslosigkeit und weitere Statistiken aus wahltaktischen Gründen unter den Teppich gekehrt zu haben. Diese zeigten sich auf Rekordniveau. Einen Tag nach Modis Amtseid bestätigten offizielle Stellen, es handele sich mit 6,1 Prozent um die höchste Rate seit 45 Jahren. Ferner habe man die Erhebungsmethode für das Bruttoinlandsprodukt verändert, so dass nun die Vorgängerregierung (Kongresspartei) deutlich schlechter dastünde. Zu den Unterzeichnenden zählen unter anderem die Wissenschaftler/-innen Abhijit Sen, Himanshu, Jayati Ghosh and C.P. Chandrasekhar R. Nagara und Jean Drèze.

Rafale Deal – Steuererlass für Anil Ambani

Einer französische Tochterfirma des Ambani-Imperiums *Reliance* wurde in Frankreich gegen eine Zahlung von etwa sieben Millionen Euro eine Steuerschuld in Höhe von 144 Millionen Euro erlassen. Ausgerechnet zu der Zeit, als Indien und Frankreich den Rafale-Deal aushandelten und Ambanis *Reliance Defence* den Zuschlag als indischer Partner bekam. Das hat die französische Zeitung *Le Monde* berichtet. Regierungsvertreter beider Länder bezeichneten den Artikel als tendenziös und die Behauptungen als nicht belegt.

Diamanten-Baron in London verhaftet

Nirav Modi, der in Indien flüchtige milliardenschwere Diamantenhändler, der die *Punjab National Bank* um mehr als zwei Milliarden US-Dollar geprellt haben soll, wurde am 20. März in London verhaftet. Sein Aufenthaltsort war lange unbekannt. Mehrere Versuche seiner Anwälte, Nirav Modi auf Bewährung frei zu bekommen, waren gescheitert. Die Behörden geben Fluchtgefahr für die Haft an. Diamanten-Modi hatte bereits 2017 versucht, die Staatsbürgerschaft des Inselstaates Vanuatu zu erlangen. Die Verhandlungen in London waren für den 30. Mai angesetzt worden.

Jet Airways bleibt am Boden

Die Geschäfte der einst größten privaten indischen Fluggesellschaft *Jet Airways* ruhen seit dem 18. April. *Jet* steht bei ihren Gläubigern mit über einer Milliarde

Euro in der Kreide. Mit dem drohenden endgültigen Aus stehen auch 16.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Indische Medien berichten, ein Konsortium von *Jet Airways*-Gründer Naresh Goyal, *Etihad Airways*, der *Hinduja Group* und *Adigro Aviation* versuche, eine Einigung mit Gläubigern, allen voran der *State Bank of India*, zu erreichen, um eine Insolvenz doch noch abzuwenden. Bereits in den vergangenen Wochen hatte das Unternehmen die meisten seiner 119 Maschinen wegen nicht bedienter Kredite und fehlender Liquidität am Boden lassen müssen. Einige sollen bereits vom Konkurrenten *Spice Jet* übernommen worden sein. Gegen ihren Gründer Goyal und den ehemaligen CEO, Vinay Dube, wurden Ausreiseverbote erlassen. Goyal wäre es nach indischen Medienberichten dennoch beinahe gelungen, Indien zu verlassen, weil den Behörden am Flughafen von Mumbai ein Tippfehler im Namen des Gründers unterlaufen war. Dank eines aufmerksamen Beamten wurde der Start abgebrochen, Goyal und seine Frau mussten den Flieger nach Dubai wieder verlassen.

Tote durch Naxaliten-Anschlag in Maharashtra

Bei Anschlägen im Bundesstaat Maharashtra am 1. Mai wurden 15 Angehörige der indischen Armee und ein Zivilist getötet. Es handelt sich nach Medienberichten um Vergeltungsattentate maoistischer Rebellen. Das Gebiet im Distrikt Gadchiroli gilt als Hochburg der Naxaliten, die sich für die Tötung von zweien ihrer weiblichen Kader Ende April rächen wollten. Die Naxaliten sollen mindestens vier Sprengsätze gezündet haben. Die als politischer Arm der Naxaliten geltende *CPI (Maoist)* verurteilte den Anschlag, erinnerte zugleich jedoch an die Tötung von knapp 40 Rebellen bei einer Auseinandersetzung mit der Armee vor einem Jahr. Mit dem Beginn der Wahlen waren wieder vermehrt Auseinandersetzungen und Anschläge von Naxaliten zu verzeichnen. Der Polizeichef Maharashtras kündigte Vergeltung für die getöteten Militärs an.

Erste Transgender-Person als Parteisprecherin

Disha Pinky Shaikh ist die erste Transgender-Person in Indien, die für eine politische Partei als Sprecherin in Erscheinung tritt. Shaikh vertritt die *Bharipa Bahujan Mahasangh* (BBM), eine Partei unter Vorsitz des Ambedkar-Enkels Prakash Ambedkar. Shaikh vertritt die BBM bei Fernsehdebatten und Wahlveranstaltungen. Sie setzt sich für die Anliegen sozialer, religiöser und Gender-Minderheiten ein. Die Ernennung Shaikhs folgte nicht wahltaktische Überlegungen, sondern soll langfristig eine soziale Transformation anstoßen.

In der indischen Politik wird Transgender-Personen nach wie vor abfällig begegnet und die Bezeichnung als Beleidigung verwendet. Die BBM ist Teil einer Parteien-Allianz aus Vanchit Bahujan Aghadi (VBA) mit der (in erster Linie von Muslimen gewählten) *All India Majlis-e-Ittehadul Muslimeen* (AIMIM). Die Allianz will die Gegenüberstellung Säkularismus versus Nationalismus durchbrechen und soziale Gerechtigkeit in den politischen Diskurs zurückbringen. Ambedkar sieht die Nominierung auch als Schritt zu mehr Repräsentanz und Anerkennung für die Transgender-Community weltweit. Shaikh, die sich auch als Dichterin einen Namen gemacht hat, konnte nur bis zur 10. Klasse die Schule besuchen und schloss sich dann der *Hijra*-Gemeinschaft an. Sie musste sich ihren Lebensunterhalt durch Betteln verdienen. Nun will sie sich politisch für die Anliegen der Transgender und *Hijra* einsetzen.

Lost-Votes-Kampagne

Im Vorfeld der landesweiten Wahlen 2019 hatte die *Times of India* in einer breit angelegten Kampagne auf die „verlorenen Wählerstimmen“ in Indien aufmerksam gemacht. Das Wahlrecht ist gebunden an das Mindestalter von 18 Jahren, an den Eintrag ins Wählerverzeichnis und, hier liegt der Haken, an den Aufenthaltsort. Da es in Indien eine schier unfassbare Zahl von 139 Millionen Binnenmigrant(inn)en gibt, konnte ein Großteil der Betroffenen nicht an den Wahlen teilnehmen. Nur wenige nahmen die teils tagelangen Zugreisen in Kauf, um zur rechten Zeit am Wahlort zu sein. Die *Times* wies in ihrer Kampagne darauf hin, dass bei den Wahlen 2014 über 281 Millionen Wahlberechtigte ihr Recht nicht in Anspruch genommen haben. Ein Großteil davon wegen der Verpflichtung, am Ort des Eintrags ins Wählerverzeichnis wählen zu müssen. Damit bleiben Millionen von den Wahlen ausgeschlossen. Andererseits gibt es für Auslandsinder/-innen die Möglichkeit zu wählen, nachdem man sich online als *Overseas Voter* registrieren lässt. Die *Times* fragt in ihrer Kampagne, ob ein ähnliches Verfahren auch für Binnenmigrant(inn)en eingeführt werden könne.

Intelligenzia-Aufruf zur Abwahl Modis

600 Theaterleute und 200 Intellektuelle haben sich im Vorfeld der Wahlen in verschiedenen Aufrufen dafür ausgesprochen, die in ihren Augen „spalterische und aufwieglerische“ Politik der BJP-Regierung abzuwählen. Am 4. April veröffentlichten die Künstler/-innen auf der Website *artistuniteindia.com* ihren Aufruf, der in 11 indische Sprachen übersetzt wurde. Der Auf-

ruf wurde in den sozialen Medien mit den Hashtags #savedemocracy, #constitution, #Theatre4democracy und #Artistsuniteindia versehen. Die Wahlen 2019 werden als die „kritischsten in der Geschichte Indiens seit der Unabhängigkeit“ bezeichnet. Bei diesen Wahlen stehe „die Idee Indiens“ als „demokratische, säkulare, inklusive und gerechte Nation“ auf dem Spiel. Es habe sich eine Kultur der Furcht breitgemacht: Wer den Mächtigen ins Gewissen redet, Lügen entlarvt und Fragen stellt, werde als unpatriotisch und „anti-national“ verunglimpft.

Studentenführer/-innen in der Parteipolitik

Der ehemalige Studentenführer an der JNU, Kanhaiya Kumar, ist als Kandidat der *Communist Party of India* (CPI) in die Politik eingestiegen. Er verkündete seine Kandidatur in seinem Heimatstaat Bihar. Kumar betonte, es sei für ihn eine bewusste Entscheidung gewesen, eine ihm „auferlegte Verantwortung“. Die kommunistische Partei hatte gehofft, von dem äußerst populären und rhetorisch geschickten Kumar zu profitieren und ihren Abwärtstrend zu stoppen. Kumar konnte jedoch keinen Sitz erlangen. Er verlor gegen Giriraj Singh von der BJP. Shela Rashid, die sich als stellvertretende Vorsitzende der Studentenunion ebenfalls in der Hochschulpolitik an der JNU engagierte, hat sich der *Jammu and Kashmir People's Movement*-Partei angeschlossen. Diese wurde am 16. März 2019 von Shah Faesal gegründet und hat sich primär der Lösung des Kaschmir-Konfliktes verschrieben.

Anlaufschwierigkeiten

Zunächst durfte der mit viel Tamtam angekündigte Biopic *PM Narendra Modi* aufgrund einer Entscheidung der indischen Wahlkommission (*Election Commission*) nicht in den Kinos gezeigt werden. Der offizielle Filmstart war für die heiße Phase der Wahlen angekündigt worden. Doch da die *Election Commission* dem Film attestiert hatte, die Wähler/-innen in ihrer Entscheidung zu sehr zu beeinflussen, der Streifen sei einzig darauf ausgerichtet, Modi in gutem Licht erscheinen zu lassen, wurde der Start auf unbestimmte Zeit verschoben. Zudem hatten die Produzenten Ärger wegen Urheberrechtsverletzungen. Sie hatten für den Film Musik mit Texten des bekannten Dichters Javed Akhtar verwendet. Der zeigte sich schockiert, dass seine Poesie mit dem Modi-Film in Verbindung gebracht wurde und sogar sein Name als Urheber auf den Filmplakaten zu lesen stand – obwohl er nie sein Einverständnis gegeben hatte. Akhtar gilt als Kritiker des hindunationalistischen Premierministers. Mit dem

Ende der Wahlen durfte das Machwerk schließlich doch in den Kinos anlaufen. Ähnlich erging es dem einzig für Wahlkampfzwecke ins Leben gerufene TV-Sender *NaMo TV*. Er wurde ebenfalls während der Wahlen offiziell gesperrt und durfte sein Programm nicht ausstrahlen. Der Kanal war dennoch in zahlreichen Gegenden Indiens zu empfangen. Er war bereits Ende März gestartet und wurde kurz nach Wahlende wieder eingestellt. Bis zum Schluss war unklar geblieben, ob es sich bei *NaMo TV* um einen parteieigenen Sender handelte, oder ob ein der BJP gewogenes Medienunternehmen dahintersteckte.

BJP sieht keinen „Hindu-Terror“

Die BJP hatte sich in der Vergangenheit vehement gegen die Aussage gestellt, es gebe (religiös motivierten) Hindu-Terror. Premier Modi und andere BJP-Vertreter bemühen sich stets, das Klischee vom friedfertigen Hinduismus zu pflegen, der politischer Gewalt in jeder Form „von Natur aus“ abschwört. Dem Terrorismus zugeneigt scheinen in dieser Dichotomie nur die „Anderen“, nämlich „islamistische Gruppen“ und „Sikh-Terroristen“. In den eigenen Reihen sehen Sicherheitsbehörden keinen Anlass zur Sorge, obgleich vom RSS und anderen radikalen Gruppen terroristische Aktivitäten ausgingen. Etwa von Pragya Thakur, einer radikalen Rechtsaußen-Politikerin, die derzeit wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an den Bombenanschlägen von Malegaon in Maharashtra am 29. September 2008 vor Gericht steht. Die BJP scheint die von ihr heraufbeschworenen Geister nicht mehr loszuwerden: So hatte Thakur, BJP-Kandidatin aus Bhopal, mit einem Statement für Aufsehen gesorgt, in dem sie Naturam Godse, den Mörder Gandhis, als Helden und Patrioten bezeichnet hatte. Auf Druck der Parteispitze hatte sie sich zwar entschuldigt, jedoch den Medien vorgehalten, ihre Aussagen verdreht dargestellt zu haben. Die Strategie der BJP ist seitdem, den Begriff vom Hindu-Terror als Verunglimpfung durch den politischen Gegner zu diskreditieren.

Anklage gegen Bischof wegen Vergewaltigung

Die Staatsanwaltschaft in Kerala hat Anklage gegen Bischof Franco Mulakkal erhoben. Mulakkal soll zwischen 2014 und 2016 eine Nonne des Ordens SOS mehrfach vergewaltigt und mit dem Tode bedroht haben. Dem Bischof, der alle Anschuldigungen leugnet, droht lebenslange Haft. Der Ermittlungsbericht ist über 100 Seiten stark und beinhaltet Zeugenaussagen von Ordensschwwestern, Priestern und anderen Bischöfen. Das Opfer hatte im Juni vergangenen Jah-

res Anzeige erstattet. Erst Anfang April 2019 wurde Anklage erhoben. Die Ermittlungen wurden erst nach Protesten aufgenommen, insbesondere nachdem fünf weitere Ordensschwestern sich hinter das Opfer gestellt hatten und in Hungerstreik getreten waren. Mulakkal war vorübergehend festgenommen und kurz darauf wieder auf Bewährung auf freien Fuß gesetzt worden. Die obersten Kleriker in Kerala unterstützen den 55-jährigen Bischof beinahe vorbehaltlos. Nachdem die Kirchenvorderen den Nonnen-Protest nicht in die Knie zwingen konnten, wurden die Schwestern versetzt und ihre Familien mit Vorwürfen überzogen, sie hätten Mulakkal mit dem Tode bedroht. Erst danach habe man, so Schwester Anupama Kelamangalath, als *ultima ratio* Anzeige gegen Mulakkal erstattet. Währenddessen wurden aus Kerala weitere Vorwürfe gegen andere Priester laut, die Frauen mit anvertrauten Beichtgeheimnissen unter Druck gesetzt und zum Geschlechtsverkehr gezwungen haben sollen.

Oberster Richter der sexuellen Belästigung beschuldigt

Eine Mitarbeiterin des *Supreme Court* soll vom obersten Richter Indiens, Ranjan Gogoi, sexuell belästigt worden sein. Dies hatte die 35-Jährige in einer eidesstattlichen Erklärung bekräftigt. Sie sei im Oktober 2018 von Gogoi unsittlich berührt und aufgefordert worden, seine Avancen zu erwidern. Sie hatte sich jedoch widersetzt. Zwei Monate später war sie vom Dienst suspendiert worden. Offiziell soll sie ohne Genehmigung des Vorgesetzten einen Urlaubstag genommen haben. Im April 2019 war sie mit ihren Vorwürfen an die Öffentlichkeit gegangen und forderte eine Untersuchung der Vorfälle durch einen Ausschuss des *Supreme Court*. Dieser wurde auch eingerichtet, anwaltlicher Beistand wurde ihr jedoch verwehrt. Die Ex-Mitarbeiterin kritisierte, es habe kein externes Mitglied im Untersuchungsausschuss gegeben. Daraufhin lehnte sie es ab, dem Ausschuss für weitere Untersuchungen zur Verfügung zu stehen. Der Ausschuss entschied daraufhin, die Untersuchungen in Abwesenheit der Betroffenen fortzusetzen. Schließlich kam er zu dem Ergebnis, die Vorwürfe seien substanzlos, und es handle sich möglicherweise um eine Verschwörung gegen Richter Gogoi. Das mutmaßliche Opfer berichtete, wie nach ihren öffentlichen Anschuldigungen ihre Familie mit bestraft wurde: So wurden sie und ihr Ehemann von der Polizei unter einem Vorwand in U-Haft gesteckt und durften über 24 Stunden weder trinken noch essen. Der Ehemann und ihr Schwager, beide Polizeibeamte in Delhi, wurden zudem unter fadenscheinigen Begründungen aus dem Dienst entlassen.

Indische Armee will Frauen rekrutieren

In Zukunft will das indische Militär auch Frauen rekrutieren. Allerdings zunächst nur in den Reihen der Militärpolizei (MP). Dies war am 25. April offiziell bekanntgegeben worden. Frauen zwischen 19 und 25 Jahren können sich online für eine Laufbahn beim Militär zu bewerben. Die indische Armee plant, 800 Frauen als MP einzusetzen, zunächst mit 52 weiblichen MPs pro Jahr. Die Regierung in Person der damaligen Verteidigungsministerin Nirmala Sitharaman feierte den „historischen“ Schritt, mit dem die Repräsentanz von Frauen im Militär verbessert werde. Frauen bleiben jedoch weiterhin von Einsätzen in der Infanterie, bei der Artillerie oder den Panzertruppen ausgeschlossen.

Ökonom Drèze in Jharkhand verhaftet

Der bekannte Ökonom Jean Drèze war nach seiner Teilnahme an Protesten zum „Recht auf Nahrung“ im indischen Bundesstaat Jharkhand verhaftet worden, musste aber nach nationalen und internationalen Protesten wieder freigelassen werden. Die Behörden warfen dem in Belgien geborenen Wissenschaftler vor, nicht genehmigte Proteste angeführt zu haben. Die Aktivist(inn)en der „Right-to-Food“-Bewegung hatten in Garhwa, etwa 220 km von Ranchi entfernt, eine friedliche Protestkundgebung abgehalten.

Manipulierte Wahlmaschinen?

Nach Berichten des Newsportals *The Quint* waren die ersten vier Phasen der landesweiten Wahlen von verfälschten Wahlergebnissen überschattet. Es habe bei den großflächig eingesetzten elektronischen Wahlurnen (*Electronic Voting Machines*, EVMs) teils gravierende Diskrepanzen in der Anzahl abgegebener und ausgezählter Stimmen gegeben. Die Journalisten bezogen sich bei ihren Recherchen auf Datensätze, welche die Wahlkommission (Election Commission) selbst veröffentlicht hat. In Kancheepuram etwa, im Bundesstaat Tamil Nadu, wurden insgesamt 1.214.086 Stimmen abgegeben, doch bei der Auszählung ergab sich ein Überschuss von 18.331 Stimmen (insgesamt wurden hier 1.232.417 Stimmen ausgezählt). In Dharmapuri, ebenfalls Tamil Nadu, stellte *The Quint* eine Differenz von 17.871 Stimmen (mehr als abgegeben) fest. Dies sind zwei Beispiele der von den Journalisten recherchierten Ungereimtheiten. Von den 373 Wahlkreisen, die in den ersten vier Phasen an die Urnen gingen, gab es in über 220 mehr ausgezählte als abgegebene Stimmen.